

Wenn die Patienten-Versorgung zum Problem wird

Gesundheit: Ein Bielefelder Bündnis fordert mehr Pflegekräfte in Krankenhäusern und spricht von einer dramatischen Situation. Auch eine Ärztin übt scharfe Kritik am System. Leidtragende seien am Ende nicht nur die Pfleger

Von Ingo Kalischek

■ **Bielefeld.** Krankenhäuser stehen unter Druck: Es fehlt an Pflegepersonal, Ärzte sind überlastet – und es gibt zu viele Patienten. In ihrer Not haben Pflegekräfte das „Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus“ gegründet, das am Donnerstag auf die Straße ging. Darunter Krankenschwestern, Gewerkschafter und Politiker.

Teilnehmerin Monika Scheffler kritisiert, dass viel zu wenige Pflegekräfte in den Krankenhäusern viel zu viel Arbeit stemmen hätten. Und dadurch auch der Patient zwangsläufig auf der Strecke bliebe.

Die Bielefelder Allgemeinmedizinerin Dagmar Aßmann wird noch deutlicher – und verweist auf die angespannte Ärzte-Situation: „Durch den Mangel haben auch die erfahrenen Ärzte nicht mehr genug Zeit, die jungen anzuleiten, was die Qualitätseinbußen verstärkt“, schreibt Aßmann in einem Brief an die Redaktion. Junge Assistenzärzte würden demnach notgedrungen mit den Patienten allein gelassen, notwendige Untersuchungen aufgeschoben oder gar nicht mehr durchgeführt, die Behandlung nicht kontrolliert, weil die ausgebildeten Leute dafür fehlten, so Aßmann: „Viele Ärzte sind chronisch müde und innerlich resigniert.“

Die Medizinerin war jahrelang im hausärztlichen Notfahrdienst tätig. „Recht oft muss ich auf den Einweisungsschein ‚Reklamation‘ schreiben, weil Dinge vergessen, nicht fertig behandelt, übersehen wurden“, schreibt sie; betont aber, dass die Krankenhäuser keine Schuld treffe. Die Vorgaben kommen von der Politik.

Karin Freese vom Verein „Gesundheitsladen“ überrascht das nicht. In ihren Augen ist das aktuelle Finanzierungssystem der Krankenhäuser Schuld daran, dass die Verweildauer der Patienten möglichst kurz ist. „Dann kann es auch passieren, dass Patienten noch nicht richtig genesen sind und halbkrank entlassen werden“, sagt Freese. Denn nur



Mischen sich ein: Sebastian Reeck und Brigitte Varchmin vom „Bielefelder Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus“ sprachen am Donnerstag während einer Kundgebung auf dem Jahmplatz. FOTO: OLIVER KRATO

eine Operation bringe Geld; das reine Liegen eines Patienten aber nicht, so Freese.

Seit 2004 regelt die sogenannte Fallpauschale die Vergütung von Leistungen im Gesundheitswesen. Sie ordnet genau definierten Erkrankungen und ihren Behandlungen Ver-



Krankenhaus-Chef: Georg Rüter. FOTO: NW

weildauer zu. Bleibt ein Patient länger als anfangs kalkuliert, muss das Krankenhaus die Kosten selber tragen. „Die Krankenhäuser sind entsprechend unter Druck, möglichst viel Leistung über einen Patienten abzuwickeln“, sagt Freese. So würden häufig unnötige Operationen gemacht, die aber gut bezahlt würden, kritisiert das Bündnis.

Georg Rüter weist das zurück. Der Geschäftsführer des Franziskus Hospitals beschäftigt sich seit 30 Jahren mit der Materie und sieht aktuell kein Krankenhaus-Vergütungssystem, welches der Fallpauschale überlegen sei. Und: „Es gibt so gut wie keine Belege für echte negative Folgen dieses Systems“, so Rüter.

Er halte es nicht für klug, „immer wieder Not und Elend auszurufen und einfach nur mehr Personal zu fordern“. Stattdessen sollten „Kranken-

häuser überlegen, wie sie ihre vorhandenen Arbeitskräfte klüger einsetzen können. Nur 40 Prozent der gesamten Arbeitskraft in einem Krankenhaus werde unmittelbar am

Patienten vollbracht. „Das müssen wir anders organisieren“, so Rüter.

Aßmann glaubt, dass die angespannte Situation in den Krankenhäusern nicht zuletzt

mit den überfüllten Hausarzt-Praxen zusammenhängt, in denen der Teufelskreis häufig beginne: Patienten wählen aufgrund langer Warte- und immer kürzerer Behandlungszeiten beim Hausarzt lieber gleich den Weg in die überlastete Notaufnahme des Krankenhauses. „Die Anspruchshaltung und Hilflosigkeit der Bevölkerung hat zugenommen“, so Rüter. „Der Deutsche geht durchschnittlich 16 Mal pro Jahr zum Arzt; der Schwede vier Mal.“ Auch das müsse man bei der Analyse offen ansprechen.

Wie soll das Gesundheitssystem in zehn Jahren aussehen?

Dem Sprecher der Bielefelder Hausärzte, Hans-Ulrich Weller, fehlt bei der aktuellen Diskussion ein „roter Faden“ für die kommenden Jahre. „Natürlich haben wir eindeutig ein Pflegeproblem und insbesondere einen Mangel an Hausärzten, was sich auch untereinander bedingt“, so Weller. Er sehe aber niemanden, der eine Vision erarbeite, wie das Gesundheitswesen in zehn Jahren aussehen soll.

Für die Bündnis-Mitglieder sind Veränderungen schon jetzt längst überfällig: „Unsere Auseinandersetzung beginnt im Krankenhaus – aber es geht um die allgemeine Aufwertung von Pflege- und Sorgearbeit, um gute Arbeitsbedingungen und faire Bezahlung.“